

Ausbau von 5G Mobilfunktechnik in Pasing

Empfehlung Nr. 14-20 / E 02463 der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 21 - Pasing-Obermenzing am 28.02.2019

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 14777

1 Anlage

Beschluss des Bezirksausschusses des 21. Stadtbezirkes Pasing-Obermenzing am 04.06.2019

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

Die Bürgerversammlung des 21. Stadtbezirkes Pasing-Obermenzing hat am 28.02.2019 die Empfehlung Nr. 14-20 / E 02463 (Anlage) beschlossen.

Die Empfehlung betrifft einen Vorgang, der nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO des Stadtrates zu den laufenden Angelegenheiten zu zählen ist. Da es sich um eine Empfehlung einer Bürgerversammlung handelt, muss diese nach Art. 18 Abs. 4 Satz 1 GO und § 2 Abs. 4 Satz 1 Bürger- und Einwohnerversammlungssatzung vom Stadtrat bzw. Bezirksausschuss und gem. § 9 Abs. 4, 2. Bezirksausschusssatzung vom Bezirksausschuss behandelt werden. Der Beschluss des Bezirksausschusses hat jedoch gegenüber der Verwaltung nur empfehlenden Charakter.

Im Rahmen der Bürgerversammlung am 28.2.2019 wurde sowohl eine Empfehlung beschlossen, als auch zwei Anfragen gestellt (siehe Anlage). Das Referat für Arbeit und Wirtschaft nimmt wie folgt Stellung:

Empfehlung: Behandlung des Themas 5G mit pro- und contra-Experten in einer öffentlichen Sitzung oder in einer Podiumsdiskussion (= Stadtratshearing).

Der Stadtrat hat am 24.10.2018 das Referat für Arbeit und Wirtschaft per Stadtratsbeschluss beauftragt, eine Kampagne **München digital** durchzuführen. Im Rahmen der Konzeptionierung der Kampagne ist insbesondere auch der Bereich Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Mobilfunkausbau geplant. Dabei wird das Thema 5G im Rahmen von Informationsveranstaltungen und öffentlichen Podiumsdiskussionen einen großen Anteil haben. Die entsprechenden Maßnahmen und Projekte sind aktuell in der Planung und Abstimmung.

Anfrage 1: Wie ist die Meinung des Stadtrats und des Bezirksausschusses zur Einführung von 5G in Pasing?

Die Stadtpolitik und die Stadtverwaltung sehen den Ausbau der digitalen Infrastruktur in München sowohl im Bereich des Glasfaserausbaus, des Kupferkabels als auch im Mobilfunk als wichtige Voraussetzung für eine zukunftsorientierte, positive Entwicklung der Stadt. Auch liegen der Stadtverwaltung immer wieder Anfragen von Bürgern vor, die auf bessere Internetverbindungen und insbesondere auch Mobilfunkverbindungen innerhalb der Stadt drängen.

Dabei ist zu beachten, dass die Bereitstellung der digitalen Infrastruktur in der Landeshauptstadt München keine öffentliche Aufgabe ist, sondern dass es sich hierbei um einen deregulierten Markt, auf dem privatwirtschaftliche Unternehmen tätig sind, handelt. Im Mobilfunkbereich sind dies aktuell die Unternehmen und Netzbetreiber Telekom, Telefonica und Vodafone. Diese Unternehmen haben in den vergangenen Jahren ein relativ dichtes Mobilfunknetz in München aufgebaut, das aber in verschiedenen Stadtbereichen noch Funklöcher aufweist und verbesserungswürdig ist. Die Netzbetreiber streben aktuell den Bestandserhalt und den weiteren Ausbau des LTE Mobilfunknetzes an und planen darüber hinaus das bestehende Mobilfunknetz in Zukunft zum Teil um die 5G Frequenzen zu erweitern. Die Netzbetreiber sind dabei an die 26. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (26. BImSchV), in der die zulässigen Strahlenimmissionswerte im Mobilfunk im Januar 2016 von der Bundesregierung beschlossen wurden, gebunden.

Der Stadtrat bzw. die einzelnen Bezirksausschüsse sind beim Aufbau des Mobilfunknetzes von Anfang an beteiligt. So meldet das Referat für Gesundheit und Umwelt die sogenannten Suchkreise an die jeweiligen Bezirksausschüsse im Rahmen der Standortsuche für Mobilfunkmasten durch die Netzbetreiber. Auf diese Weise haben die Bezirksausschüsse schon im Vorfeld der Realisierung eines konkreten Mastenaufbaus die Möglichkeit sich einzubringen. Die Stadtverwaltung ist im Rahmen von Genehmigungsverfahren (z.B. hinsichtlich Standortgenehmigungen auf öffentlichen Gebäuden, Baugenehmigungen und Fragen des Denkmalschutzes) am Verfahren beteiligt.

Anfrage 2: Wird das Vorsorgeprinzip ernst genommen?

Der Strahlenschutz im Rahmen des Mobilfunks wird in Deutschland durch die Regelungen und Richtlinien der Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (26. BImSchV) gewährleistet. Dabei sind auch die Verfahren, die die Netzbetreiber hinsichtlich der Strahlenimmissionsüberwachung einzuhalten haben, geregelt. Auch das Mobilfunknetz und die entsprechenden Masten in München unterliegen diesen bundesweiten Regelungen zum Strahlenschutz.

Der Empfehlung Nr. 14-20 / E 0 02463 der Bürgerversammlung des 21. Stadtbezirkes Pasing-Obermenzing vom 28.02.2019 auf öffentliche Behandlung des Themas 5G Netzausbau wird nach Maßgabe der vorstehenden Ausführungen entsprochen.

Der Korreferent des Referates für Arbeit und Wirtschaft, Herr Stadtrat Richard Quaas, und der Verwaltungsbeirat für FB2 Wirtschaftsförderung, Herr Stadtrat Mario Schmidbauer haben jeweils einen Abdruck der Sitzungsvorlage erhalten.

II. Antrag des Referenten

1. Von der Sachbehandlung - laufende Angelegenheit (§ 22 GeschO) - wird Kenntnis genommen.
Der Empfehlung Nr. 14-20 / E 02463 der Bürgerversammlung des 21. Stadtbezirks Pasing-Obermenzing wird nach obiger Maßgabe entsprochen.
2. Die Empfehlung Nr. 14-20 / E 02463 der Bürgerversammlung des 21. Stadtbezirks Pasing-Obermenzing ist damit gemäß Art. 18 Abs. 4 der Gemeindeordnung behandelt.

III. Beschluss nach Antrag.

Der Bezirksausschuss des Stadtbezirkes 21 der Landeshauptstadt München

Die/Der Vorsitzende

Der Referent

Romanus Scholz
Vorsitzender des BA 21

Clemens Baumgärtner
Berufsm. Stadtrat

IV. Wv. RAW - FB 2

zur weiteren Veranlassung.

Zu IV.

1. Die Übereinstimmung des vorstehenden Abdrucks mit dem Originalbeschluss wird bestätigt.
2. An den Stenografischen Dienst
An die BA-Geschäftsstelle bag-west.dir@muenchen.de
An das Direktorium-Dokumentationsstelle (2x)
An das Revisionsamt
An RS/BW
An das IT Referat
3. An das Referat für Gesundheit und Umwelt
z.K.

Am